



# Ex-Muslime verbünden sich gegen den Islam

**ZÜRICH. Nächsten Sonntag wird in der Schweiz der Rat der Ex-Muslime gegründet. Ein gefährliches Unterfangen, denn im islamischen Recht droht Aussteigern der Tod.**

Was in Deutschland und England heftigen Protest ausgelöst hat, gibts nun auch in der Schweiz: Am 8. März wird in Zürich offiziell der Rat der Ex-Muslime gegründet – ein Verbund von Menschen, die dem Islam abgeschworen haben. Dafür sieht die Scharia die Todesstrafe vor (siehe Box).

Auch in Europa ist das Outing als Ex-Muslim äusserst gefährlich: In Deutschland steht die Vorsteherin des Rats, Mina Ahadi, wegen Morddrohungen von Islamisten unter Polizeischutz. Davon lassen sich die Islamaussteiger in der Schweiz nicht abschrecken. «Sicher haben wir auch hier Angst, aber es ist nicht so schlimm wie in meiner Hei-

mat Iran», sagt Mehtinezhad Ebadullah.

Der 28-Jährige ist vor zwei Jahren aus dem Gottesstaat geflohen und hat in der Schweiz Asyl erhalten. Aus Todesangst hatte er im Iran niemandem von seiner Abkehr von Allah erzählt. «Hier kann ich mich nun gegen die Ausbreitung des Islam in Europa einsetzen», begründet Ebadullah sein Engagement. Der Rat der Ex-Muslime will in der Schweiz gegen weitere Moscheen und für das Kopftuchverbot kämpfen. Muslime sollten hier keine Privilegien erhalten. Beispielsweise sollten Mädchen auch in den Schwimmunterricht müssen.

SVP-Nationalrat Lukas Reimann ist begeistert: «Sie können mit unserer Unterstützung rechnen.» Weniger glücklich ist der Wiler Imam Bekim Alimi: «Hier gilt Religionsfreiheit auch für Muslime», gibt er sich aber tolerant. **Deborah Rast**

## Islamisches Recht

ZÜRICH. Schwört ein Muslim seinem Glauben ab, riskiert er sein Leben: Im Koran droht zwar «nur» der «Fluch Allahs und der Engel und der Menschen insgesamt». Das islamische Recht, die Scharia, sieht aber ganz klar die Todesstrafe für Abtrünnige vor. Diese kann durch das Schwert oder durch Kreuzigung vollstreckt werden. Die Todesstrafe ist in verschiedenen islamischen Ländern im Gesetz verankert, zum Beispiel im Iran, in Saudi-Arabien und im Sudan. Ex-Gläubige dürfen auch nicht mit Muslimen verheiratet sein. Moderatere islamische Juristen und Theologen sprechen sich gegen die Todesstrafe aus. **dra**